

# Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **116 (2019)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## NACHRICHTEN

### BDP-Motion 55plus

Die BDP-Fraktion hat im Mai die Motion «Keine Aussteuerung von Menschen über 55 Jahre» eingereicht. Mit der Motion greift die BDP den Vorschlag der SKOS auf, von der Aussteuerung betroffene 55plus Ergänzungsleistungen zu gewähren sowie die Massnahmen zur Arbeitsintegration zu verstärken. Ältere Arbeitslose sollen insbesondere bis zum Erreichen des Pensionsalters weiter von den RAV vermittelt werden. Auch der Bundesrat hat unterdessen einen ähnlich lautenden Vorschlag gemacht. (ih)

### Raschere Integration

Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen sollen sich rascher in die Arbeitswelt integrieren können. Zu diesem Zweck haben sich Bund und Kantone im Frühjahr 2018 auf die gemeinsame Integrationsagenda geeinigt. Die Integrationspauschale an die Kantone wird von 6 000 auf 18 000 Franken erhöht. Die Kantone können diese für eine frühzeitige Sprachförderung bei Asylsuchenden einsetzen. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 10. April 2019 die Umsetzung der Integrationsagenda Schweiz und die Abgeltung der Kantone für die Zusatzkosten von unbegleiteten Minderjährigen im Asyl- und Flüchtlingsbereich genehmigt. Er hat die Inkraftsetzung per 1. Mai 2019 beschlossen. (red.)

### OECD: Arbeitsplätze bleiben erhalten

Entgegen der allgemeinen Befürchtung, dass der technologische Wandel Arbeitsplätze vernichten könnte, kommt die OECD zu dem Schluss, dass ein drastischer Beschäftigungsrückgang eher unwahrscheinlich ist. Dies geht aus dem OECD-Beschäftigungsausblick 2019 hervor, der sich dem Thema Zukunft der Arbeit widmet. Der Bericht untersucht die Auswirkungen von Globalisierung, Digitalisierung und Bevölkerungsalterung auf die Arbeitsmärkte der OECD-Länder. Eine der grossen Herausforderungen des Wandels bestehe darin, den Arbeitnehmenden aus sich im Niedergang befindenden Branchen den Übergang in neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erleichtern. (red.)



Elisabeth Baume-Schneider und Christoph Eymann.

Bild: Béatrice Devènes

## Neues SKOS-Präsidium gewählt

Die Mitglieder der SKOS haben am 23. Mai in Baar (ZG) ein neues Präsidium gewählt. Der neue Präsident der SKOS ist LDP-Nationalrat Christoph Eymann. Elisabeth Baume-Schneider übernimmt das Vize-Präsidium. Der Baselstädter Alt-Regierungsrat und ehemalige Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz sitzt für die Liberaldemokratische Partei (LDP) im Nationalrat. Baume-Schneider, Direktorin der Haute École de travail social et de la santé – EESP in Lausanne und ehemalige jurassische

Regierungsrätin kandidiert für den Ständerat. Das Präsidium ist verantwortlich für die Gesamtführung des Verbands, für die strategische und inhaltliche Weiterentwicklung der SKOS und damit der Sozialhilfe in der Schweiz. Es gelte insbesondere die Sozialhilfe als Sicherungssystem zu erhalten, sagt Christoph Eymann und fügt an: «Die Angriffe auf die Sozialhilfe mit Kürzungen in verschiedener Ausgestaltung müssen entschlossen bekämpft werden.» (vgl. Interview S. 8-11) ■

## Bekennnis zum Konsens der Kantone in der Sozialhilfe

Die Berner Stimmenden haben nein zum Sparpaket in der Sozialhilfe gesagt. Das Nein zur Revision des Sozialhilfegesetzes ist für die SKOS ein Signal zugunsten der kantonalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe. Und sie ist ein Bekenntnis zur gesellschaftlichen Solidarität im Sinne der Bundesverfassung, wonach die Stärke des Volkes sich am Wohl der Schwächsten misst.

Abgelehnt wurde auch der Volksvorschlag, der einen Grundbedarf nach Empfehlung der SKOS sowie Massnahmen zugunsten älterer Langzeitarbeitsloser sowie die Förderung der Weiterbildung vorsah. Beide Themen sind für die SKOS wichtige Anliegen. Die SKOS hat dazu letztes

Jahr konkrete Vorschläge vorgelegt. Der Bundesrat präsentierte letzte Woche eine Lösung auf nationaler Ebene für ältere Arbeitslose. Bei der Förderung von Grundkompetenzen wünscht sich die SKOS eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Mit der Motion Fluri liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der zusätzliche Fördermittel aus dem Bildungskredit verlangt. Die Bekämpfung der Armut bleibt auch nach diesen Entscheidungen eine wichtige Herausforderung unserer Gesellschaft. Gemeinsames Ziel bleibt die bessere berufliche und soziale Integration von Sozialhilfebeziehenden. An der Umsetzung dieses Ziels wird die SKOS mit ihren Mitgliedern weiter arbeiten. (red.) ■